

Stellungnahme  
der Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten  
für den Wahlkreis 275 Mannheim zu den Empfehlungen  
von UNICEF Deutschland zur Bundestagswahl 2021,  
kommentiert von UNICEF-JuniorTeam Mannheim

## Stellungnahme des CDU-Bundestagskandidaten Roland Hörner

Vielen Dank für Ihre E-Mail! Herr Hörner nutzt gerne die Gelegenheit, Ihnen seine Einschätzung zu den aufgeworfenen Fragen mitzuteilen. Diese lasse ich Ihnen im Auftrag von Herrn Hörner zukommen. Sie lautet:

Stellungnahme CDU-Bundestagskandidat Roland Hörner (Mannheim)

„Die UNICEF-Forderungen für eine bessere Berücksichtigung der Belange von Kindern in der Politik kann ich grundsätzlich teilen. Mir liegen unsere Kinder sehr am Herzen - und das sage ich selbst als Vater von mittlerweile zwei erwachsenen Kindern. Im Falle meiner Wahl in den Bundestag liegt mir vor allem eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf am Herzen, von der vor allem auch unsere Kinder profitieren. Auch Väter wirken heute mehr an der Erziehung der Kinder mit als früher. Dafür benötigen auch sie mehr Möglichkeiten und gesellschaftliche Anerkennung. Jedes Familienmitglied braucht Raum für die eigene persönliche Entwicklung. Davon profitieren Kinder in jedem Alter und auch die Familie als Ganzes.

Ich finde das Engagement und die Forderungen von UNICEF toll. Daher muss dieses Thema auf allen politischen Ebenen eine größere Sichtbarkeit bekommen als bisher. Die Einrichtung eines Bundeskinderbeauftragten oder einer Querschnittskommission „Belange von Kindern“, die im parlamentarischen Verfahren auf Bundesebene zu hören ist, sind dafür geeignete praktische Schritte. Solche Schritte finde ich auch zielführender als nur die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz. Kindern stehen wie jedem Menschen die Abwehrrechte aus den Artikeln 1 bis 20 Grundgesetz zu. Wir müssen dort, wo Kinder in ihren Grundrechten verletzt sind, aktiv werden und sie unterstützen, gegen solche Verletzungen vorzugehen. Oder noch besser: In der Politik präventiv darauf achten, dass es nicht soweit kommt.

Eine wichtige Rolle kommt neben der Bundes-, auch der Landes- und Kommunalpolitik zu. Die Städte in Deutschland wie Mannheim haben vor Ort viele Möglichkeiten, die Teilhabe von Kindern zu verbessern. Dafür sind Jugendgemeinderäte, Angebote in Freizeiteinrichtungen oder finanziell attraktive Kita-Plätze ganz wichtige Bausteine. In diesem Bereich macht Mannheim bereits viel und dennoch reicht es noch nicht. Wir benötigen beispielsweise mehr pädagogische Fachkräfte in Jugendeinrichtungen oder auch in den Jugendämtern, um beispielsweise Gewalt gegenüber Kindern in Familien schneller auf die Spur zu kommen. Als Bundestagsabgeordneter möchte ich die Stadt Mannheim dabei unterstützen, Angebote für Kinder weiter auszubauen.“

Bei Fragen steht Ihnen Herr Hörner gerne weiterhin zur Verfügung. Für einen Hinweis über die Veröffentlichung der Stellungnahme wären wir Ihnen dankbar.

Freundliche Grüße  
Christian Stalf  
Team Roland Hörner

## Kommentar UNICEF-JuniorTeam Mannheim

Wir, das UNICEF-JuniorTeam Mannheim, haben uns über die kurze Stellungnahme von Ihnen, Herrn Hörner, zu den Forderungen von UNICEF gefreut.

Auch wir finden die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die in der Stellungnahme hervorgehoben wird, sehr bedeutsam und wissen, welche positiven Auswirkungen dies auf die gesamte Familie haben kann. Jedoch scheint es als wären Kinder und Jugendliche selbst, wenn es zu Familien- und Sozialpolitik bei Ihnen kommt, nicht ein Schwerpunkt zu sein, welcher besondere Beachtung benötigt. Dabei muss beispielsweise die noch immer viel zu hohe Kinderarmut in Deutschland reduziert werden und ein wichtiger Schritt dahin bildet die existenzsichernde finanzielle Absicherung jedes Kindes als eigenständiger Anspruch.

Wenn Sie also sagen, jedes Familienmitglied bräuchte Raum für die eigene persönliche Entwicklung, so bleibt bei uns das Gefühl, sie würden die besondere Stellung eines Kindes oder Jugendlichen als eigenständiges Subjekt mit spezifischer Verletzlichkeit und besonderen Lebensumständen nicht berücksichtigen.

Trotzdem oder auch genau deswegen finden wir es aber toll, dass Sie „das Engagement und die Forderungen von UNICEF toll“ finden und die Notwendigkeit erkennen, diese sichtbarer zu machen. Auch sind wir begeistert von Ihrem Wille zusätzlich zu der Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz sich darüberhinaus für die Einrichtung des Amtes eines/einer Bundeskinderrechtsbeauftragte\*n zu engagieren, denn dies wird maßgeblich zu der Verankerung und Umsetzung der UN-Kinderrechtskonventionen beitragen.

Sie wollen Kinder außerdem dabei unterstützen, dort, wo ihre Rechte verletzt werden, aktiv zu werden oder sogar präventiv dagegen vorgehen, damit es nicht soweit kommt. Das unterstützen wir und finden, es sollten konkretere Maßnahmen dafür getroffen werden.

Teilhabe ist ein zentrales Thema für uns auch als JuniorTeam. Die von Ihnen beschriebene Ideen, um Gewalt gegenüber Kindern zu entdecken und dagegen vorzugehen sehen wir als sinnvoll, würden jedoch gerne ihren präventiven Ansatz auch an dieser Stelle sehen.

Wir wollen noch mehr Einsatz sehen. Die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland hat sich besonders unter dem Licht der Corona-Pandemie und der immer unausweichlicheren Klimakrise verschärft. Leider lassen Sie das in Ihrer Stellungnahme gänzlich außer Acht. Es darf kein Kind zurückgelassen werden und wir denken, dass es ebenfalls in der Aufgabe der Bundesregierung ist, sich in der internationalen Zusammenarbeit für junge Menschen einzusetzen in unserer globalisierten Welt.

Wir fordern speziell bei dem Thema der Teilhabe, dass Kinder als wichtige Akteur\*innen berücksichtigt werden, in allen Themen, die Kinder betreffen wie es in Artikel 3 der Kinderrechtskonventionen festgehalten wurde. Insbesondere die Klimakrise, die Sie auch nicht in Ihrer Stellungnahme berücksichtigen, ist eine Kinderrechtskrise! Bei der Umwelt- sowie der Klimapolitik muss auf die Rechte von Kindern geachtet werden, unsere Rechte müssen berücksichtigt werden, wenn es zur Überarbeitung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und dem Nachhaltigkeitsmanagement der Bundesregierung geht.

Deutschland hat und Sie als Mitglied des Deutschen Bundestags hätten die Möglichkeit ausschlaggebend dazu beizutragen, dass die Rechte der jungen Generation geschützt und gesichert werden und daher auch die Pflicht dies zu tun.

## Stellungnahme der SPD-Bundestagskandidatin Isabel Cademartori

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz - denn Kinder sind eben keine kleinen Erwachsenen, sondern haben einen erhöhten Schutzbedarf. Weil Kinder ihre Rechte oft nicht selbst durchsetzen können, trägt der Staat eine besondere Verantwortung, diese zu gewährleisten und zu schützen.

Zum Schutz vor Gewalt, ihrer eigenen Identität und dem Zugang zu Bildung wollen wir als SPD Kinderrechte noch einmal besonders im Grundgesetz verankern - Kinder können diese Rechte dann einklagen und geltend machen.

Leider hat die Unionsfraktion den von der SPD-Justizministerin Lambrecht eingebrachten Gesetzesvorschlag abgelehnt. Wir wollen mit neuen Mehrheiten und einer neuen Regierungskoalition in der nächsten Legislatur unser Vorhaben endlich umsetzen und Kinderrechte im Grundgesetz verankern.

Kinderrechte sind der erste Schritt in Richtung einer kinderfreundlicheren Politik. Vor allem wichtig ist dafür aber die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen durch den Ausbau von (außer-)schulischer politischer Bildungsarbeit, der Förderung von Gremien wie Jugendgemeinderäten und

Mehr als jedes 5. Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Wir wollen allen Kindern den gleichen Start ins Leben und die gleichen Zukunftschancen bieten. Dafür sollen Bildungs- und Freizeitangebote ausgebaut und für sozial schwache Familien kostenlos angeboten werden. Bildung darf keine Frage des Geldbeutels der Eltern sein! Die SPD hat dafür das Konzept der Kindergrundsicherung etabliert: die Teilnahme an Bildung, Kultur und Sport soll durch kostenlose Bildung, ÖPNV, und ein Teilhabekonto für Freizeitangebote, dessen Geld direkt an die Kinder geht, für alle Kinder ermöglicht werden.

Um Kindern und Familien in schwierigen Situationen die individuelle Zeit und Unterstützung bieten zu können, die sie brauchen, muss die Sozialarbeit in Deutschland ausgebaut werden. Kinder aus Familien, in denen ihr Wohlergehen gefährdet ist, müssen die Möglichkeit haben, Hilfe zu bekommen.

In der SPD-Fraktion werde ich mich dafür einsetzen, dass die UN-Konvention in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eingehalten werden; die Einhaltung von Menschenrechtsstandards bedeutet auch Maßnahmen gegen Kinderarbeit.

Dazu gehört vor allem auch der Klimaschutz, mit dem wir die Zukunft unserer Kinder sichern wollen. Deutschland und die EU müssen als internationales Vorbild dienen, um weltweit gemeinsam Kinderarbeit zu verbieten und Kindern den Zugang zu Bildung, sozialer Teilhabe und Gesundheitsversorgung zu verschaffen. Die SPD hat dazu konkrete Maßnahmen im Antrag »Wirksame Maßnahmen gegen ausbeuterische Kinderarbeit durchsetzen« (Bundestagsdrucksache 17/9920) formuliert.

Gute Kinder- und Jugendpolitik geht jedoch nur mit den Betroffenen selbst:

Als Abgeordnete im Deutschen Bundestag will ich Politik für alle Mannheimer\*Innen machen, nicht nur die Wahlberechtigten und mich auch mit Kindern und Jugendlichen zu ihren Themen und Bedürfnissen austauschen.

Ich freue mich daher sehr über die Vorschläge von UNICEF Deutschland in den verschiedenen Bereichen der Kinderpolitik. Gerne können wir dieses Gespräch auch im persönlichen Austausch noch einmal vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

Isabel Cademartori

## Kommentar UNICEF-JuniorTeam Mannheim

Isabel Cademartori, Mitglied der SPD, hat eine Stellungnahme zu den Forderungen von UNICEF abgegeben. Was ihr sehr wichtig zu sein scheint, ist die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz, was in der Tat ein notwendiger Schritt ist.

Die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an der Politik möchte sie durch den Ausbau (außer-)schulischer politischer Bildungsarbeit und der Förderung von Jugendgemeinderäten verstärken.

Die SPD und Frau Cademartori möchten allen Kindern die gleichen Möglichkeiten anbieten und daher Bildungs- und Freizeitangebote ausbauen und für sozial schwache Familien kostenlos anbieten. Dafür hat die SPD das Konzept der Kindergrundsicherung etabliert. Laut ihr würde kostenlose Bildung, ÖPNV und ein Teilhabekonto für Freizeitangebote für Kinder ermöglicht werden. Dies klingt nach einem guten Plan, Kinderarmut in Deutschland würde einzig dadurch aber leider nicht verschwinden.

In ihrer Stellungnahme erwähnt sie Sozialarbeit, die in Deutschland ausgebaut werden soll und ebenfalls wird erwähnt, dass Kinder bei Gefährdung ihres Wohlergehens die Möglichkeit haben sollen, Hilfe zu bekommen.

Auch setzt sich Frau Cademartori dafür ein, dass die UN-Konvention in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eingehalten wird. Sie spricht sich vor allem für Maßnahmen gegen Kinderarbeit aus.

Keine Erwähnung in der Stellungnahme findet, wie bei der FDP auch, die Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik. Die gezielte Unterstützung von geflüchteten und migrierten Kindern, sowie die Priorisierung und der Ausbau von sicheren Zugangswegen für sie, ist wichtig.

Auch der Klimawandel findet keine Erwähnung. Dabei ist es notwendig jetzt zu handeln, Pläne zu machen, und diese auch sofort umzusetzen. Artikel 4 der UN-Kinderrechtskonvention besagt, dass der Staat alle geeigneten Mittel einsetzen muss, um die Rechte der Kinder zu verwirklichen. Das ist aber nicht möglich, wenn nichts dagegen getan wird, gegen die Klimakatastrophe augenblicklich und zielführend anzugehen, da die Zukunft vieler Kinder sonst zerstört wird.

## Stellungnahme des AfD-Bundestagskandidaten Jörg Finkler

Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.

## Kommentar UNICEF-JuniorTeam Mannheim

Rückmeldungen der Afd (Alternative für Deutschland) und der Grünen zu den Forderungen von UNICEF fehlen leider.

Bei der AfD ist das nicht sonderlich verwunderlich, wenn man sich ihr Wahlprogramm durchliest. Dort werden Kinderrechte nicht wirklich erwähnt und den menschengemachten Klimawandel leugnen sie ja.

## Stellungnahme des FDP-Bundestagskandidaten Konrad Stockmeier

Ich bedanke mich für Ihre Anfrage und nehme wie folgt Stellung zu den Forderungen UNICEF und möchte erläutern, wofür ich im Interesse von Kindern und Jugendlichen als MdB eintreten würde hinsichtlich der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, fairen Bildungschancen, sozialer Gerechtigkeit für alle Kinder und hinsichtlich einer Klima- und Umweltschutzpolitik, die den Kindern und Jugendlichen von heute ein gutes und gesundes Leben in der Zukunft ermöglicht:

- i. Ich bin für die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz und bedauere, dass es dazu in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht gekommen ist.
- ii. Ich setze mich dafür ein, dass das aktive Wahlalter bei Bundestagswahlen von 18 Jahre auf 16 Jahre herabgesetzt wird.
- iii. Bildungs- und beruflicher Werdegang und Erfolg hängen in Deutschland zu stark von Einkommen und Herkunft der Eltern ab. Das muss sich ändern. Die Freien Demokraten und ich fordern, Schulen institutionell so weiterzuentwickeln und mit Ressourcen so auszustatten, dass Schülerinnen und Schüler eine möglichst große Wahlfreiheit im Bildungscurriculum haben und die Schule den unterschiedlichen Leistungsniveaus der Schülerinnen und Schüler individueller gerecht werden kann. Die PISA-Studien zeigen, dass Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen erzielen.

Die Freien Demokraten und ich wollen in ganz Deutschland Talentschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung aufbauen – insbesondere in kinderreichen Stadtteilen und in Regionen mit großen sozialen Herausforderungen. Dabei orientieren wir uns am erfolgreichen Konzept der Talentschulen in Nordrhein-Westfalen, weil alle Kinder und Jugendlichen einen Anspruch darauf haben, bestmöglich gefördert zu werden.

- iv. Die Freien Demokraten und ich wollen, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung und Lernschwäche bestmöglich gefördert werden. Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen beziehungsweise Schulen soll bei Eltern und ihren Kindern liegen.. Wir möchten dafür sorgen, dass jedes Kind das Bestmögliche aus seinen Potentialen machen kann und gut auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben vorbereitet wird.
- v. Ich setze mich für eine Stärkung der frühkindlichen Bildung ein, da gerade sei ein entscheidender Hebel ist, um ungleiche Startbedingungen auszugleichen. Um die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken, sollte die Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung bundesweit nicht nur schulgeldfrei erfolgen, sondern auch vergütet werden.
- vi. Die Freien Demokraten und ich wollen Aufstiegspatenschaften etablieren, um Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern dabei zu helfen, den eigenen Weg zu beruflichen Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen. Durch die Beratung und Unterstützung für die eigenen Lebens- auf Aufstiegspläne kann vor allem Jugendlichen aus nichtakademischen Elternhäusern der Weg an die Hochschule geebnet werden. Sie kann in Form einer Patenschaft mit Organisationen wie ArbeiterKind.de bei Fragen zur Studienfinanzierung, Bewerbung für Stipendien und Planung von Auslandssemestern unterstützen. Als Ergänzung zu den bereits bestehenden Initiativen können die Schulen in Kooperation mit den Kammern und Hochschulen „Aufstiegsscouts“ schaffen, die als Ansprechpersonen für Schülerinnen und Schüler fungieren, die sich über die Chancen und Wege zu einer Berufsausbildung oder zu einem Studium informieren möchten.
- vii. Soziale Gerechtigkeit für jedes Kind umfasst für mich auch, dass wir den Kindern und Jugendlichen von heute keine überbordenden Staatsschulden hinterlassen, die ihre Gestaltungsmöglichkeiten schon bald – z. B. im jungen Erwachsenenalter, wo sie selber Familien gründen – empfindlich einschränken können. Insofern ist die Respektierung der Schuldenbremse im Grundgesetz praktizierte Generationengerechtigkeit.
- viii. Im Interesse von Kindern und Jugendlichen wollen die Freien Demokraten und ich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Dazu wollen wir Betriebskindergärten auch steuerlich fördern, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch in der Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren, die Betreuungszeiten flexibilisieren und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen.
- ix. Die Freien Demokraten und ich fordern die Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum „Mutterschutz“: Nach der Geburt eines Kindes soll der andere Elternteil das Recht haben, zehn Arbeitstage in Partnerschutz zu gehen. Dieser soll auch halbtägig beansprucht werden und somit dann für die doppelte Zeitdauer bestehen

können. Alleinerziehende sollen das Recht haben, eine andere Person für den Partnerschutz zu benennen (zum Beispiel Familienangehörige), die die Alleinerziehenden in dieser Zeit unterstützt. Damit wollen wir dem erhöhten Regenerationsbedarf von Müttern nach der Geburt Rechnung tragen und die gemeinsame Verantwortung für Familie und Kind von Anfang an stärken.

- x. Ich will mich für den Kampf gegen Kinderarmut einsetzen. Dazu wollen die Freien Demokraten und ich ein Kinderchancengeld einführen, das aus einem Grundbetrag, einem Flexibetrag und einem nichtmateriellem Chancenpaket besteht. Die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe sollen ausgeweitet und von Kindern und Jugendlichen selbstständig über ein Kinderchancenportal abgerufen werden können. Weitere Details dazu finden Sie hier: <https://www.fdp.de/fdp-will-der-kinderarmut-mit-kinderchancengeld-begegnen>
- xi. Die Freien Demokraten und ich wollen das Angebot an Berufs- und Studienberatung in Jugendpflegeeinrichtungen erweitern. Heim- und Pflegekinder müssen ihr selbstständig verdientes Geld behalten können. Sie dürfen nicht mehr zur Finanzierung ihrer Unterbringung herangezogen werden. Zudem muss eine Verlängerung der Unterbringung im Jugendheim oder bei Pflegefamilien auch über das 18. Lebensjahr hinaus unkompliziert möglich sein, solange die Jugendlichen noch zur Schule gehen oder sich in einer Berufsausbildung befinden.
- xii. Im Sinne einer Klima- und Umweltschutzpolitik, die den Kindern und Jugendliche eine gesunde Umwelt erhält, wollen die Freien Demokraten und ich den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO<sub>2</sub> im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO<sub>2</sub> spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO<sub>2</sub> speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO<sub>2</sub>-Limit in einem umfassenden Emissionshandelssystem zuverlässig erreichen.
- xiii. Im Rahmen des Klimaschutzes und der dafür erforderlichen Maßnahmen ist den Freien Demokraten und mir wichtig, dass er mit sozialem Ausgleich einhergeht, wovon gerade auch Kinder und Jugendliche profitieren sollen. Wir Freie Demokraten wollen eine Klimadividende einführen und die Energiebesteuerung deutlich absenken. So müssen auch die sozialen Kosten des Klimaschutzes abgemildert werden. Da die kontinuierliche Verknappung der Zertifikate auf der einen Seite zu steigenden Preisen und auf der anderen Seite zu höheren staatlichen Einnahmen führen wird, wollen wir die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) abschaffen so wie die Stromsteuer, die unabhängig von der Erzeugungsart und damit der Umweltwirkung erhoben wird, auf den niedrigsten nach aktuellem EU-Recht möglichen Satz absenken und so schnell wie möglich komplett streichen. Darüber hinaus wollen wir Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrages, also einer Klimadividende, an jede Bürgerin und jeden Bürger gewährleisten. Davon würden Familien mit Kindern, die über ein unterdurchschnittliches Einkommen verfügen, überproportional profitieren.

Ich hoffe, dass diese Ausführungen verständlich machen, wofür ich mich als MdB im Sinne von Kindern und Jugendlichen einsetzen würde, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Konrad Stockmeier



## Kommentar UNICEF-JuniorTeam Mannheim

Eine Stellungnahme zu den Forderungen von UNICEF haben wir von Konrad Stockmeier, ein Kandidat der FDP zur Bundestagswahl 2021, erhalten.

Ein Schwerpunkt setzt er, im Falle, dass er im Bundestag vertreten sein wird, bei Investitionen in Bildungschancen. So will er die Ausstattung von Schulen ausbauen und Schüler:innen individueller fördern. Er und die FDP wollen Talentschulen in Deutschland aufbauen. Auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung möchte er bestmöglich fördern.

Die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz hält er für wichtig, was sie natürlich auch ist, und er setzt sich dafür ein, dass das aktive Wahlalter bei Bundestagswahlen von 18 Jahre auf 16 Jahre herabgesetzt wird, was dafür sorgen würde, dass Jugendliche mehr Mitbestimmungsrechte in und Teilhabe an der Politik hätten und sehr wichtiger Schritt wäre.

Die FDP, einschließlich Herrn Stockmeier, ist für die Unterstützung der Eltern nach einer Geburt und möchte einen sogenannten „Partnerschutz“ einführen, sodass sich die Mutter nach einer Geburt besser regenerieren kann und nicht direkt mit dem Neugeborenen alleine gelassen wird. Auch unterstützt Herr Stockmeier einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Um gegen Kinderarmut in Deutschland zu kämpfen möchten die FDP und er ein Kinderchancengeld einführen.

Das Angehen gegen die Klimakatastrophe ist essentiell um Kindern eine sichere Zukunft zu gewährleisten. In seiner Stellungnahme bekennen er und seine Partei sich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. So möchten sie die EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstens geographisch und auf alle Sektoren ausweiten, auch die EEG-umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) möchten sie Abschaffen, das alleine wäre jedoch nicht genug um der Klimakatastrophe zielführend entgegen zu steuern.

UNICEF fordert die gezielte Unterstützung von geflüchteten und migrierten Kindern und die Einhaltung ihrer Rechte, zu diesem Thema und auch zu globaler Menschenrechtspolitik hat er sich nicht geäußert. In diesen Bereichen ist es wichtig Kinderrechte zu verbreiten und einzuhalten um die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention gewährleisten zu können.

## Stellungnahme der DIE LINKE-Bundestagskandidatin Gökay Akbulut

Vielen Dank für Ihre Anfrage nach einer Stellungnahme, das tue ich sehr gerne. Den Empfehlungen von UNICEF folgen wir als Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag bereits. Für mich ist es selbstverständlich, dass ich meine Politik mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam gestalte und die soziale Gerechtigkeit für jedes Kind steht im Mittelpunkt meiner politischen Tätigkeit ebenso wie eine an den Kinderrechten orientierte Umwelt- und Klimapolitik.

Kinderarmut ist beschämend für ein reiches Land wie Deutschland. Dennoch wächst inzwischen jedes vierte Kind hierzulande in Armut oder armutsgefährdet auf. Kinderarmut fällt aber nicht vom Himmel, sondern ist das Produkt politischer Entscheidungen. Durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Ausweitung des Niedriglohnssektors hat die Erwerbsarmut deutlich zugenommen. Kinderarmut ist in der Regel Elternarmut und die Folge der zunehmenden Prekarisierung am Arbeitsmarkt. Gleichzeitig wurde das soziale Netz immer weiter abgebaut. Hartz IV schützt nicht vor Armut sondern bedeutet Armut per Gesetz.

Die Auswirkungen der Corona-Krise hat diese soziale Schieflage weiter verschärft. Kurzarbeit, steigende Arbeitslosigkeit und geschlossene Schulen treffen Familien mit kleinen Einkommen deutlich schlimmer. Kinder von Eltern mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende sind besonders von Armut betroffen.

Kinderarmut kann aber überwunden werden. Seit Jahren schon fordern wir als Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren eine eigenständige Kindergrundsicherung. Im März 2020 haben wir dazu ein entsprechendes Konzept vorgelegt, das im Wesentlichen auf vier Säulen basiert. Die von uns geforderte Kindergrundsicherung sieht demnach eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes auf 328 Euro vor plus Zuschläge für Kinder aus armen Familien und die Berücksichtigung der tatsächlichen Unterkunftskosten.

Zudem fordern wir, dass einmalige und besondere Bedarfe wie Klassenfahrten endlich anerkannt werden. Diese Kindergrundsicherung sollen alle Kinder bis zum Abschluss des 18. Lebensjahres erhalten und junge Volljährige bis zum ersten Schulabschluss inklusive des Abiturs.

Als LINKE setzen wir uns zudem für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz ein. Bereits 1989 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention). Mit der Ratifizierung hatte sich Deutschland verbindlich zu deren Einhaltung verpflichtet, zu einer konsequenten und vollständigen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ist es aber bis heute nicht gekommen.

Leider wurde diese wichtige Maßnahme im Juni dieses Jahres versäumt, obwohl die große Koalition die Aufnahme von Kinderrechten in ihrem Koalitionsvertrag sogar vereinbart hatte. Bereits 2001 brachten wir deswegen einen entsprechenden Vorschlag für eine Verfassungsänderung ein, damals noch als PDS. Der Antrag wurde abgelehnt, aber die Diskussion war am Laufen und SPD und Grüne übernahmen die Forderung. Durch die Ablehnung der CDU wurde aber eine Zweidrittelmehrheit stets blockiert.

Die Ankündigung im Koalitionsvertrag von CDU und SPD 2017 ließ also hoffen, heraus kam aber wie so oft nur ein Schatten dessen, was einst versprochen wurde. Das betraf insbesondere das Recht von Kindern, in allen Angelegenheiten, die sie betreffen auch beteiligt zu werden. Das Recht auf Beteiligung hat es gar nicht mehr in die Umsetzung geschafft und wurde auf ein Recht auf rechtliches Gehör reduziert.

Häufig wird argumentiert, das Grundgesetz betreffe alle Menschen, was Kinder inkludiere. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie aber, die Kinder und Jugendliche aus prekären Verhältnissen besonders hart trafen, zeigen uns den Nachholbedarf, den wir hier nach wie vor haben. Es wird höchste Zeit, dass wir die Rechte von Kindern und Jugendlichen nachhaltig und verbindlich stärken. Dafür möchte ich mich im nächsten Bundestag weiterhin einsetzen.

Anlässlich des 30. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention haben wir als Fraktion DIE LINKE im Juni 2019 einen Antrag auf Änderung des Grundgesetzes vorgelegt, den ich mitgezeichnet habe und aus dem ich zum Abschluss zitieren möchte:

„Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit. Ihr Wohl ist bei allem staatlichen Handeln, das sie betrifft, zu berücksichtigen. Die staatliche Gemeinschaft trägt Sorge für altersgerechte Lebensbedingungen, beteiligt Kinder und Jugendliche bei allen staatlichen Entscheidungen, die sie betreffen, und berücksichtigt ihre Ansichten angemessen.“

Dieser Absatz sollte in Paragraph 6 GG eingefügt werden und wurde leider abgelehnt. Davon lasse ich mich aber nicht entmutigen und werde mich weiterhin für soziale Gerechtigkeit, für Kinderrechte und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen  
Gökay Akbulut

## Kommentar UNICEF-JuniorTeam Mannheim

Wir, das UNICEF-JuniorTeam Mannheim, haben uns sehr über die engagierte Stellungnahme von Ihnen, Frau Akbulut, zu den Forderungen von UNICEF gefreut.

Dass Sie als Teil der Fraktion DIE LINKE bereits den Empfehlungen von UNICEF folgen und es als selbstverständlich erachten, nicht nur Kinder in den Mittelpunkt Ihrer politischen Tätigkeit zu stellen, sondern auch miteinzubeziehen, begeistert uns. Wir würden gerne mehr darüber erfahren, wie dies aussieht, wie Sie versuchen das Recht von Kindern und Jugendlichen umzusetzen, damit sie an Prozessen, die sie betreffen, teilhaben können.

Die Dringlichkeit, die Kinderarmut in Deutschland zu reduzieren, sehen auch Sie und erkennen darüberhinaus Maßnahmen wie den eigenständigen Anspruch jedes Kindes auf existenzsichernde finanzielle Absicherung an.

Auch freut es uns, dass Sie eingestehen, dass die UN-Kinderrechtskonventionen, trotz Deutschlands Ratifizierung derer, noch immer nicht vollständig umgesetzt worden sind und Sie sich dafür und für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz weiter einsetzen möchten.

Wir finden dabei auch, dass Kindern beim Recht auf Beteiligung mehr als nur das Recht auf rechtliches Gehör zusteht, nämlich das Recht in allen Angelegenheiten beteiligt zu werden, die uns als Kinder und Jugendliche selbst betreffen. Jedoch fordern wir neben der Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz, beispielsweise noch die Einführung des Amtes eines/einer Bundeskinderrechtsbeauftragte\*n.

Die Corona Pandemie hat, wie von Ihnen in Ihrer Stellungnahme beschrieben, in Deutschland bestehende Ungleichheiten für die junge Generation verschärft und leider auch neue geschaffen, welche bekämpft werden müssen. Gerne würden wir hier beispielsweise auch die Einberufung einer Kommission aus Politik, Expert\*innen und Vertreter\*innen von Kindern und Jugendlichen zur Überwindung der Kinderarmut sehen. Diese Kommission sollte sich nämlich auch mit aktuellen Auswirkungen von Covid-19 beschäftigen und passende Maßnahmen zur Verbesserung der Lage von Kindern und Jugendlichen ermitteln.

Die auch von Ihnen angesprochenen besonders vulnerablen Gruppen müssen gezielt und besonders gefördert werden. Ein umfassendes, transparentes Monitoring von desaggregierten Daten, Investitionen und politischen Maßnahmen sollte etabliert werden, um zu überprüfen, ob auch diese erreicht werden.

Neben der Corona-Pandemie bedrohen auch andere Krisen die junge und zukünftige Generationen. Von der in Ihrer Stellungnahme nicht angesprochenen, aber überaus wichtigen Klimakrise geht eine besondere Bedrohung für Kinder und Jugendliche weltweit aus. Hier müssen die Rechte von Kindern im Mittelpunkt stehen, wenn darum geht die Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands zu verbessern. Das heißt auch, junge Menschen müssen als wichtige Akteur\*innen in der Umwelt- und Klimapolitik stärker berücksichtigt werden. Wir hoffen, dass Sie, Frau Akbulut, sich auch dafür einsetzen werden, denn Klimakrise ist eine Kinderrechtskrise.

Hierzu gehört auch, sich in internationaler Zusammenarbeit für die junge Generation weltweit zu engagieren in dieser und weiterer Hinsicht.

Die Verwirklichung der Kinderrechte müssen der Kompass auf dem Weg in eine lebenswerte Zukunft sein!

Auch wir lassen uns wie Sie nicht entmutigen und werden uns weiterhin für die Belange unserer Generation einsetzen, für die Verankerung und Umsetzung der Kinderrechte, für die Beteiligung junger Menschen, gegen Kinderarmut und für Chancengleichheit und das für jedes Kind. Wir hoffen, Sie unterstützen uns dabei bei einer weiteren Legislaturperiode im Bundestag und engagieren sich für unsere Rechte.

## Stellungnahme der Bündnis 90 / Die Grünen-Bundestagskandidatin Melis Sekmen

Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

### Kommentar UNICEF-JuniorTeam Mannheim

Rückmeldungen der Afd (Alternative für Deutschland) und der Grünen zu den Forderungen von UNICEF fehlen leider.

Bei den Grünen ist das tatsächlich merkwürdig, da es in ihrem Wahlprogramm ab Seite 97 viel um Kinder geht. Unter anderem sind sie laut ihrem Wahlprogramm für die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz, auch eine Kindergrundsicherung ist ihnen sehr wichtig.